

Michael von der Mühlen

Gelsenkirchen, 12.09.2011

Die folgenden Thesen habe ich für einen Einleitungsvortrag zu einem Wochenendseminar der ev. Akademie Loccum zum Thema „Beteiligung“ erstellt.

Sie korrespondieren mit einer Betrachtung von integrierter Stadterneuerungspolitik auch als präventiver Gesellschaftspolitik.

Sie korrespondieren mit Art 28 GG, Art 91a GG, den §§ 164a und b des BauGB

Thesen

1. Unter Bezugnahme auf Prof. Helmut Böhme (s. Reader) bezeichne ich Stadt als gebauten Ausdruck von Machtverhältnissen, ökonomischen Kräften und sozialen Beziehungen, deren bewußt gestaltete und wahrgenommene Symbole ihre Identität ausmachen. Kommunikation war immer ein Teil der jeweiligen politisch-gesellschaftlichen Verfasstheit im Spannungsfeld zwischen Produktion, Distribution und Organisation der Reproduktionssphäre (Wohnen, Bildung, soziale Sicherungssysteme etc).
2. Verfassungsrechtlich kommt den Kommunen in Deutschland eine zentrale Bedeutung für die Organisation des Zusammenlebens der Menschen zu.
3. Die im Zuge der Industrialisierung durchgreifende Veränderung der räumlichen Strukturen unserer Städte erfährt seit zwei bis drei Jahrzehnten eine neue tiefgreifende Veränderung durch die Logik des umfassenden Globalisierungsprozesses, der Produktion und Distribution global neu organisiert und sich nachhaltig auf die Steuerungsfähigkeit nationaler, regionaler und erst recht kommunaler Politik auswirkt.
4. Deutsche Städte haben unter den Bedingungen des prosperierenden „rheinischen Kapitalismus“ auf die grossen gesellschaftlichen Integrationssysteme bauen können:
 - Erwerbsarbeit unter Bedingungen der Vollbeschäftigung
 - Bildungssystem
 - Soziale Sicherungssysteme
 - Weitreichende staatliche Fürsorge im Reproduktionsbereich (vom sozialen Wohnungsbau bis zum subventionierten öffentlichen Nahverkehr)Den tendenziell Unterschiede verschärfenden Wirkungen der Wirtschaft standen Ausgleichssysteme gegenüber, welche diese Wirkungen abmilderten (Strukturpolitik, Städtebauförderung, etc.)
5. Diese Ausgleichsmechanismen sind aktuell bedroht. Das Politische ist strukturell gefährdet. („von der Demokratie zur Plutokratie“), die kommunale Finanzkrise beschneidet Handlungsspielräume vor Ort, die Bürgergesellschaft ist in Teilen zur Konsumentengesellschaft degeneriert („Blödmaschinen“ statt Selbstbestimmungskultur).
6. „Mitwirkung folgt aus Mitbeteiligung; Mitverantwortung aus Mitverpflichtung, Identität erst aus Bindung. Stadt muss Infrastrukturen für dezentrale Demokratisierung und Selbsthilfe für Beteiligungs-, Genossenschafts- und Patenschaftsmodelle schaffen, sie muss sich einschwören lassen durch ihre Bewohner; sie benötigt eine erneuerte und neue Kraft, unterschiedliche Gruppierungen, Interessen, Ethnien zu integrieren und zu assimilieren.“ (Böhme).
7. Stadterneuerung in Gelsenkirchen folgt seit 15 Jahren diesen Prinzipien. Dabei erproben wir systematisch neue Formen von Kooperation auf der Ebene der interkommunalen

Zusammenarbeit (Kooperationsmodelle 2030, Konzept Ruhr,), der Stadtentwicklung (Wohnungspolitik) und der stadtteilbezogenen Stadterneuerung.

8. Diese Politik benötigt raumbezogene Querschnittsorientierung aller Politiksektoren als Ergänzung zur Ressortpolitik; Integration verschiedener Politikfelder vor Ort (sozialintegrative Stadterneuerung, konsequente Vor-Ort Präsenz (Stadtteilbüros), bürgerschaftliche Organisationsformen vor Ort (Stadtteilkonferenzen) als Ergänzung zu den verfassten Gremien der repräsentativen Demokratie) eigene Entscheidungs- und Mitbestimmungsrechte, eine umfassende Informationskultur mit allen verfügbaren Medien.
9. Stadtteil- und Quartiersbezogene Stadterneuerung hat nachweislich hohe Erfolge aufzuweisen. Sie korrespondiert hervorragend mit der Programmatik präventiver Bildungs- und Sozialpolitik, für die z.B. kanadische Bildungspolitik steht und die zum Leitbild der NRW-Landesregierung wird.
10. Wird diese Art von Mitwirkung eingeübt, öffnet sie für die verfasste Politik auch neue Chancen z.B. im Umgang mit dem Scheitern von Projekten. Sie ermöglicht Kurskorrekturen und verstärkt damit Glaubwürdigkeit von Politik.
11. Wenn Mitwirkung allerdings nur noch formal eingeräumt wird, weil die gesamtpolitischen Rahmenbedingungen (kommunale Finanzausstattung, Abbau von Ausgleichsinstrumenten, Administrationsbürokratie, Marktradikalismus) sie materiell untergräbt, sind schroffe Strukturbrüche wie im angelsächsischen Raum oder Auswirkungen sozialer Segregation wie in den französischen banlieus zu erwarten.
12. Hochkomplexe Projekte nationaler oder überregionaler Bedeutung mit Planfeststellungsverfahren extrem langer Laufzeiten sind dieser Art von Selbst- und Mitbestimmung nicht zugänglich. Die demokratisch legitimierten Parlamente in Bund und Ländern sind hier aufgefordert, die ökonomischen und politischen Werthaltungen offenzulegen und zu kommunizieren, die als Grundlage für Planfeststellungsverfahren dienen (Energiepolitik, Verkehrspolitik, Raumordnungspolitik).

Michael von der Weiden